



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

8. Sitzung (öffentlich)

20. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Vorlagen 16/487,16/515,16/551 und 16/652
Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

– Aussprache 6

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung – für das Haushaltsjahr 2013 mit Stimmenmehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten zu. Der Einzelplan 06 ist angenommen.

2 Sachstand der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern bezüglich des Kooperationsverbots¹⁵

- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 15
- Aussprache 16

3 Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsautonomie 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1255

In Verbindung mit:

Finger weg von der Hochschulautonomie – Positionspapier der Hochschulratsvorsitzenden nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1190

Sowie:

Hochschulautonomie zukunftsgerichtet weiterentwickeln – Demokratische Strukturen stärken, Verantwortung des Wandels wahrnehmen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1898

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1962

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache einstimmig den Vorschlag der Obleuterunde, zum Thema des Tagesordnungspunktes am Dienstag, 7. Mai 2013, ab 14:00 Uhr eine Anhörung durchzuführen. Die Einzelheiten zum Kreis der Sachverständigen und dem Fragenkatalog werden in einer der nächsten Obleuterunden abgesprochen.

- 4 Vierwöchige Online-Studierenden-Umfrage: Hochschule-Gestalten.NRW 19**
- Vorlage 16/641
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 19
 - Aussprache 20
- 5 Entwicklung der Betreuungsrelationen an den Hochschulen 2000 – 2013 23**
- Vorlage 16/640
- Ministerin Svenja Schulze berichtet 23
 - Aussprache 24
- 6 Massive Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des neuen Operationszentrums des Düsseldorfer Uni-Klinikums 25**
- Vorlage 16/642
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 25
 - Aussprache 26
- 7 Gesetz zur Zweckbindung der vom Land Nordrhein-Westfalen nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel (Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz – EMZG NRW) 27**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/748
- Ausschussprotokoll 16/143
- Aussprache 27
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/748 mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten bei Einhaltung durch die CDU-Fraktion zu.

8 Verschiedenes**28**

- Hinweise des Vorsitzenden

28

* * *

7 Gesetz zur Zweckbindung der vom Land Nordrhein-Westfalen nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel (Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz – EMZG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/748

Ausschussprotokoll 16/143

Karl Schultheis (SPD) signalisiert für die SPD-Fraktion ein positives Votum an den federführenden Ausschuss. Man sei froh, dass die Entflechtungsmittel mit der Zweckbindung „Hochschule“ erhalten blieben.

Nach seiner Erinnerung, äußert **Oliver Bayer (PIRATEN)**, hätten alle Sachverständigen und Abgeordneten den Sachzusammenhang begrüßt. Es habe Vorschläge gegeben, wie die Zweckbindung deutlicher ausgeprägt werden könne. Das betreffe hauptsächlich den Bereich Bauen, Wohnen und Verkehr. Für das Land und den Hochschulbau sei es sinnvoll zuzustimmen.

Dr. Stefan Berger (CDU) sieht die Diskussion im richtigen Fahrwasser; seine Fraktion habe allerdings noch Diskussionsbedarf und werde sich deshalb in der heutigen Abstimmung enthalten.

Angela Freimuth (FDP) sagte namens ihrer Fraktion die Unterstützung der Initiative zu.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) zeigt sich über den eindeutigen Verlauf der Anhörung und die Unterstützung für die Zweckbindung durch die Experten erfreut. Die CDU-Vertreterinnen und -vertreter im Ausschuss für Schule und Weiterbildung hätten im Übrigen in der heutigen Abstimmung zugestimmt.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/748 mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion zu.

